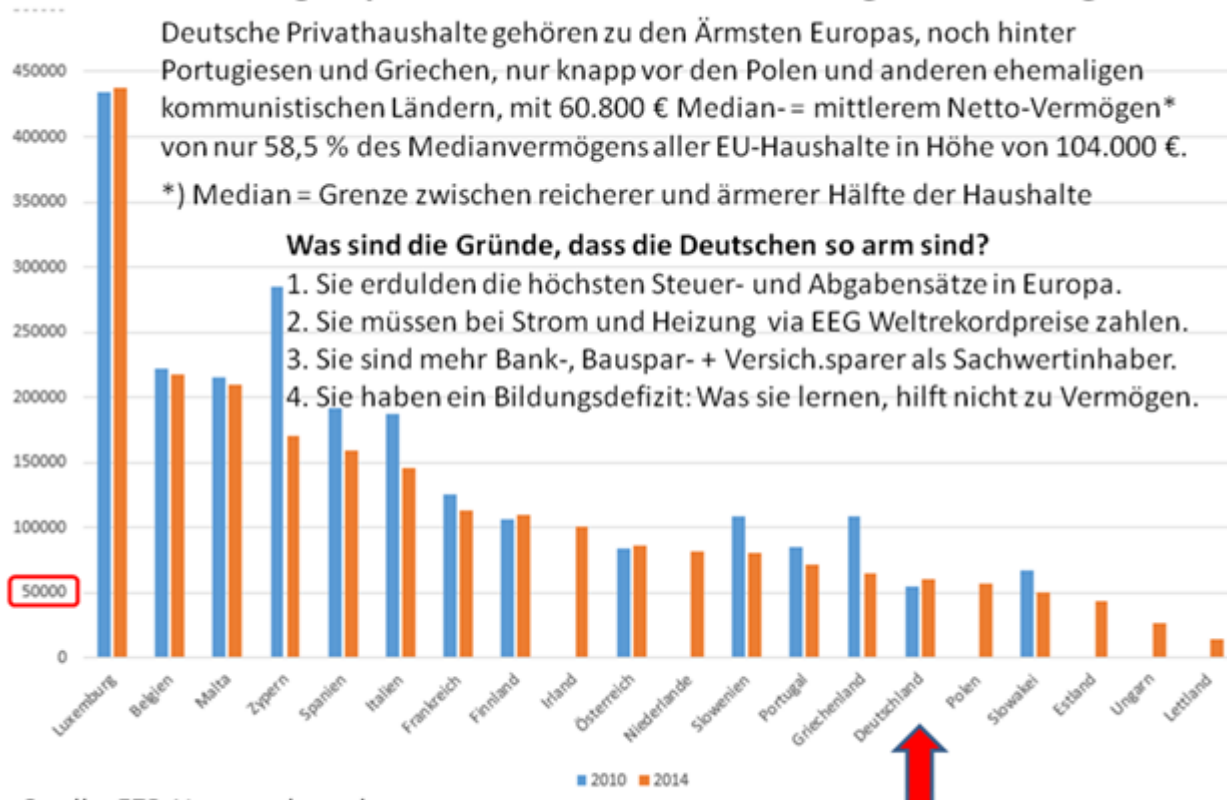


Medianvermögen privater Haushalte in der EU gem. EZB-Angaben



Quelle: EZB-Untersuchung laut u. a.

<https://www.godmode-trader.de/artikel/so-arm-sind-die-deutschen-wirklich,5042731>

Neues von WVH10 am 25.12.2016: Schöne Bescherung durch die Bundestagsparteien! Wenn nicht ab 2017 aktiver Widerstand, wann dann?

Dank den angeblichen CHRIST- und SOZIALdemokraten in der Bundesregierung! Aber auch Dank den angeblichen GRÜN- und LINKSdemokraten, die als Opposition absolut NICHTS Konstruktives zustande gebracht haben! Es ist gelungen, den einstigen Wohlstand der Deutschen auf das Niveau der Polen abzusenken. Die meisten Deutschen sind nicht mal in der Lage, das Wort „Median“ zu erklären. Die Bildung passt zur oben dargestellten Vermögenslage von Deutschen und Polen.

Und kaum jemand wehrt sich gegen die Verarmungspolitik. Auch die Stimmen an die AfD in etlichen Landtagen waren (bis heute zumindest!) völlig für die Katz'!

Die Landtagsregierungen - egal, ob schwarz, grün-schwarz, rot-grün-gelb, rot-grün, dunkelrot-rot oder sonstwas - unterscheiden sich in nichts von der Bundesregierung mit der Großen Koalition der Dilettanten (GroKoDil).

Die CDU/CSU ist weder wirklich christlich noch wirklich demokratisch, die SPD weder wirklich sozial noch wirklich demokratisch. Wer sich „christlich“ nennt, müsste das von Christen verlangte „Glaubensbekenntnis“ voll vertreten, z. B. die falsche These der jungfräulichen Geburt Mariä, die falsche These, Jesus sei am Kreuz gestorben und in den Himmel aufgefahren, die falsche These, dass Jesus als Richter wiederkommen werde (obwohl das Versprechen bibelwidrig nicht in Erfüllung gegangen ist) u. Ä.!

Wer sich „sozial“ nennt, muss ein Wirtschaftssystem schaffen, das Vermögensarmut, Altersarmut u. Ä. von vornherein verhindert. Wer sich „demokratisch“ nennt, muss „ALLE“

Staatsgewalt wirklich dem Volk übertragen und die Exekutive von der Legislative trennen, d. h. Staatsbedienstete gem. Art. 137 GG von der Wählbarkeit ausschließen. Das waren noch Zeiten, als es in der Weimarer Verfassung in Art. 130 hieß: „Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei.“ Da müssen wir hin: Beamte und auch alle anderen direkten und indirekten Staatsdiener sind Angehörige der Exekutive und damit ausgeschlossen von Herrschaftsrechten der Legislative! Auch ihre vorübergehende Beurlaubung darf daran nichts ändern.

Der Bundestag, die Landtage, die Kreistage und die Kommunalparlamente stecken voller Dilettanten, d. h. Leute, die von dem, was ihre Aufgabe ist - den Nutzen des Volkes zu mehren und Schaden von ihm zu wenden - keine oder zu wenig Ahnung haben.

Kein Mensch würde in ein Flugzeug steigen, wenn er nicht wüsste, dass in der Pilotenkanzel und im Fluglotsentower in Theorie und Praxis erstklassig ausgebildete, fitte und zuverlässige, auch schwierigen Situationen gewachsene Leute sitzen. Doch in den Regierungen sitzen überwiegend Leute, die von Tuten und Blasen keine Ahnung haben. Was soll denn da anderes rauskommen als ein Volk mit einem so kümmerlichen Vermögen wie in Deutschland?

Wie sieht es beim Einkommen der Erwerbstätigen und Rentner aus?

Leider das gleiche Bild: katastrophal im Verhältnis von Soll zu Haben. Lesen wir dazu mal im FOCUS vom 24.12.2016 so was wie die Weihnachtsbotschaft 2016:

http://www.focus.de/finanzen/altersvorsorge/rente/grundsicherung-jeder-zweite-beschaefigte-muss-mit-armutsrente-rechnen_id_6401121.html

Grundsicherung nach 38 Jahren Arbeit

Regierungsdaten zeigen:

Jeder zweite Beschäftigte muss mit Armutsrente rechnen

Sie haben einen Job und werden 38 Jahre lang in die Rentenkasse einzahlen? Trotzdem droht Ihnen Altersarmut - und Sie wären nicht allein: Mehr als jeder zweite Beschäftigte in Deutschland ist auf dem Weg in die Grundsicherung im Alter, wie aktuelle Zahlen der Bundesregierung zeigen.

Mehr als die Hälfte der Beschäftigten in Deutschland kann im Alter nur mit einer gesetzlichen Rente auf Grundsicherungsniveau rechnen. Das geht nach einem Bericht der „Saarbrücker Zeitung“ vom Samstag aus einer aktuellen Datenübersicht der Bundesregierung und des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden hervor.

Demnach ist aktuell ein monatliches Bruttogehalt von 2330 Euro notwendig, um im Laufe eines durchschnittlich langen Arbeitslebens von derzeit 38 Jahren eine Rente in Höhe der staatlichen Grundsicherung im Alter zu erzielen.

52 Prozent der Beschäftigten droht Grundsicherung [mit weniger als 795 € Brutto-Monatsrente]

Von den gut 37 Millionen Beschäftigungsverhältnissen, die in der aktuellen Verdienststrukturerhebung des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2014 erfasst

wurden, verdienten jedoch rund 19,5 Millionen Beschäftigte weniger als 2330 Euro im Monat. Damit bekämen 52 Prozent der Beschäftigten im Alter eine Rente von weniger als 795 Euro. Das ist aktuell der durchschnittliche Grundsicherungsbedarf im Alter.

Trotz des hohen Beschäftigungsstandes müssten viele Arbeitnehmer in eine unsichere Zukunft blicken, kritisierte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linken, Sabine Zimmermann, die die Daten angefordert hatte. „Die gesetzliche Rente muss so gestärkt werden, dass niemand Armut im Alter fürchten muss“, forderte Zimmermann.

Rentenniveau soll bis auf 43,5 Prozent fallen

Ursache für die dramatische Entwicklung sind etwa niedrige Löhne im Einzelhandel oder im Gastgewerbe, die hohe Zahl teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmer sowie der wachsende Anteil von Mini-Jobbern oder Solo-Selbstständigen am Arbeitsmarkt. Doch vor allem das sinkende Rentenniveau bereitet Experten Sorgen.

Von 2030 an soll es auf bis zu 43,5 Prozent des Durchschnittslohns der gesamten Lebensarbeitszeit fallen. Derzeit liegt das Rentenniveau noch bei knapp 48 Prozent. Das Abschmelzen der Rentenhöhe ist schon vor vielen Jahren unter der rot-grünen Regierung von Gerhard Schröder beschlossen worden.

Mindestrente soll zehn Prozent über Grundsicherung liegen

Bundessozialministerin Andrea Nahles (SPD) will allerdings mit einer Mindestrente sicherstellen, dass Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, auch künftig im Alter besser dastehen, als diejenigen, die nie oder nur wenig Beiträge gezahlt haben. Voraussetzung für die neue Leistung ist, dass man 35 Jahre lang beschäftigt war. Auch Zeiten der Kindererziehung oder Pflege sollen dabei berücksichtigt werden. Auch bis zu fünf Jahre Arbeitslosigkeit sowie fünf Jahre Bezug von Erwerbsminderungsrente will Nahles anrechnen. Ab dem Jahr 2023 müssen dann laut Konzept mindestens 40 Beitragsjahre vorgewiesen werden, um anspruchsberechtigt zu sein.

Wer allerdings über seinen Partner oder andere Einkünfte finanziell bereits ausreichend abgesichert ist, soll die neue Mindestrente nicht erhalten. Deshalb sieht Nahles' Konzept eine einmalige Bedürftigkeitsprüfung vor. Diese erfolgt bei Renteneintritt. Eine Ausnahmeregelung gibt es aber für Einkünfte aus betrieblicher oder privater Altersvorsorge, für die eine Freibetragsregelung gelten soll. Damit will Nahles sicherstellen, dass sich zusätzliche Altersvorsorge für Geringverdiener in jedem Fall auszahlt.

Zudem will Nahles bis 2045 ein Rentenniveau von mindestens 46 Prozent garantieren. Wenn nichts geschehe, werde das Rentenniveau von heute rund 48 Prozent aber wohl auf 41,7 Prozent fallen. Ab 2030 soll laut Nahles auch ein Demografiezuschuss aus Steuermitteln eingeführt werden, der bis 2040 auf 2,5 Prozent der Rentenausgaben anwachsen soll.

Dazu noch zwei Überschriften im selben FOCUS:

Leben in der Stadt immer teurer

Wohngeld beantragen: So geht's

„Die Leute haben Angst“

Ganze Viertel verlottern:

LKA-Chef warnt vor Verwahrlosung der Städte

Dazu könnten wir jetzt auch noch all die Überschriften rund um das Ergebnis der von den Polit-Dilettanten initiierten Probleme rund um die Grenzöffnung für Nicht-Deutsche mit gefälschtem oder gar ohne Pass, natürlich auch ohne qualifizierte Berufsausbildung, ohne erstklassige Berufsqualifikation und ohne Sprachkenntnisse, aber trotzdem einer „Willkommenskultur“ sowie großer Freude über die „Kulturbereicherung“.

Die müssen jetzt ebenfalls alle durchgefüttert werden. Am Futtertrog sitzen auch Portugiesen, Spanier, Italiener, Griechen, Zyprioten, deren Völker weit höhere Privatvermögen ihr Eigen nennen als die Deutschen. Kein Wunder, dass die Deutschen in der Rangskala der Vermögenden und Verdienenden so weit abgerutscht sind! So tief in der Tinte stecken!

Nur was soll man da tun? Wie kann man dem Tintenfass entkommen und wieder rein werden? Durch die nächsten Wahlen ganz sicher nicht! Die Mehrheit des Volkes hat immer noch nicht den Ernst der Lage erkannt. Kein Wunder: Wenn Volkes Hirne jahrzehntelang so infiziert werden wie in der BRD und die Menschen Tag für Tag von den Medien so einseitig gebildet = geformt = geknetet werden, kann doch kaum was anderes rauskommen.

Solange das Vermögensaufbausystem und das Rentensystem, auch das Verdienst- und das Ausbildungssystem, unverändert bleiben, wird das Volk immer tiefer und in immer größerer Zahl in dieses Tintenfass rutschen. Das gesamte System stinkt, ist krank an jeder Stelle, stinkt vom Kopf bis Fuß. Würde das Volk die Entscheidung treffen, das System auszutauschen von „krank“ auf „heil“, würde alles ganz schnell gehen. Aus „krank“ würde in kürzester Zeit „heil“. Nur von alleine geht das nicht. Das Volk muss es wollen und seinen Willen durchsetzen.

Als Erstes ist die Macht der Parteien so zu begrenzen, wie es das Grundgesetz fordert: Parteien dürfen gem. Art. 21(1) GG nur noch „an der politischen Willensbildung des Volkes MITwirken.“

Als Zweites dürfen Parteien gem. Art. 20(2) GG nicht mehr auf Basis von Wahlen Macht ausüben, sondern endlich nur noch auf Basis von Wahlen U N D Volksabstimmungen. „ALLE Staatsgewalt geht vom Volke aus!“ Nicht mehr von den Parteien. A L L E Entscheidungen sind alleine vom Volke zu treffen.

Da dabei viele schon rein zeitlich überfordert wären, soll jeder, der keine ausreichende Zeit und Lust und Fähigkeit dazu hat, eine Treuhandkanzlei (THK) beauftragen, die - parteiunabhängig - an seiner Stelle alle Entscheidungen trifft und mit den Treuhandmandatgebern bespricht.

Als Drittes sind gem. Art. 21(2) alle Parteien nicht nur auf dem Papier, sondern tatsächlich zu verbieten, „die darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen“. Wer die vorgenannten beiden Schritte weiter ablehnt, beeinträchtigt die freiheitliche demokratische Grundordnung in so eklatanter Weise, dass ein Verbot durch das Bundesverfassungsgericht (BVG) zwingend erforderlich ist. Würde das BVG das nicht

so beurteilen, würde es selbst gegen das Grundgesetz verstoßen. In diesem Falle müssten zumindest die für das Urteil verantwortlichen Richter fristlos entlassen werden.

Gleichzeitig wäre der Fall von Art. 20(4) GG erfüllt, dass das totale Widerstandsrecht des deutschen Volkes gegen die an der Macht befindlichen Politiker bzw. Parteien bestätigt ist, weil „andere Abhilfe nicht möglich ist“.

Als Viertes muss die Lüge in der Grundgesetz-Präambel offen ausgemerzt werden, dass „sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben hat“. Das hat es nie gegeben. Die westalliierten Siegermächte wollten das so. Doch die 1949 an die Macht gebrachten sog. Lizenzparteien überzeugten die Siegermächte, auf eine Volksabstimmung zu verzichten, weil man befürchtete, dass die Mehrheit eine solche „Verfassung“ ablehnte. Außerdem hatte der das Grundgesetz ausarbeitende „Parlamentarische Rat“ ausdrücklich festgestellt, dass man gar keine „Verfassung“ erarbeitet hatte, ja nicht mal die Grundlagen eines neuen „Staates“. Aus diesem Grunde wurde auch der ursprünglich gewünschte Begriff „Verfassung DER Bundesrepublik Deutschland“ durch „Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland“ ersetzt und dieses Grundgesetz zusammen mit einer Besatzungsordnung verkündet.

Es wurde zudem ein Schlussartikel (Art. 146) angehängt, der dem deutschen Volk das Recht geben sollte, bei Vollendung der deutschen Einheit „in freier Entscheidung“ eine wirkliche Verfassung als Ersatz dieses Grundgesetzes zu beschließen. Doch dieses Recht wurde 1990 dem deutschen Volk widerrechtlich verweigert. Man versprach, zwei Jahre später dieses Thema erneut auf die Tagesordnung zu bringen. Doch das wurde dann ebenso widerrechtlich unter den Tisch gekehrt.

Als Fünftes muss daher endlich - entsprechend Art. 21(1) parteiunabhängig aus den Reihen des deutschen Volkes - eine neue deutsche Verfassung erarbeitet und dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. Es können auch verschiedene Verfassungen zur Abstimmung vorgelegt werden und daraus am Ende diejenige vom deutschen Volk bestimmt werden, die es mehrheitlich wünscht.

Als Sechstes sollte Einigkeit darüber bestehen, dass Art. 4 der Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte eine wesentliche Grundlage sein muss, nämlich die Garantie des Verbots der Sklaverei mit der Erläuterung, dass das System der heutigen BRD ein System der Sklaverei ist; denn die Menschen hier sind zu Sklaven der BRD gemacht worden. Mit Ausnahme eines einkommensteuerlichen Freibetrags zur Sicherung des angeblichen Existenzminimums wird ihnen insgesamt über die Hälfte der von ihnen erwirtschafteten Gesamteinkünfte (inkl. Arbeitgeber-Sozialanteile) bei Einkommenserhöhungen und inkl. der Kaufkraftminderung des Euro infolge der Geldpolitik durch Steuern, direkte und indirekte Abgaben inkl. EEG-Abgaben u. ä. abgenommen. Alles mit der oben beschriebenen Folge riesiger Vermögens- und Einkommensarmut!

Insbesondere muss Art. 24 der Menschenrechte als oberstem, gem. Art. 25 GG dem Grundgesetz vorgehenden Recht Verwirklichung finden:

Artikel 25 (Recht auf Wohlfahrt)

- 1. Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen gewährleistet sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem*

Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.

2. *Mütter und Kinder haben Anspruch auf besondere Fürsorge und Unterstützung. Alle Kinder, eheliche wie außereheliche, genießen den gleichen sozialen Schutz.*

Es muss davon ausgegangen werden, dass die Bundestagswahl im September 2017 von den Medien auf einen „Zweikampf“ zwischen „Schwarz-Gelb“ und „Rot-Rot-Grün“ getrieben wird und Rot-Rot-Grün an die Macht kommt, so dass alles noch viel schlimmer wird als heute. Man wird wohl Martin Schulz als neuen Anführer des Linksbündnisses küren, Gabriel wird sich aus gesundheitlichen Gründen mit jetzt verkleinertem Magen zurückziehen. Schulz wird als überfällige personelle Erneuerung gefeiert werden mit seinem Hintergrund als angeblicher Mister Europa. Merkel wird endgültig demontiert werden. Die AfD wird kräftig weiter zulegen. Aber die CDU traut sich nicht, den Rettungsanker AfD als Koalitionspartnerin anzusteuern (bei gleichzeitigem Rückzug Merkels von der Macht).

So werden weitere vier Jahre von Horror, Terror und Ausbeutung vergehen, verbunden mit weiterem wirtschaftlichem Niedergang und Dilettantismus - vergleichbar den Jahren von Horror, Terror und Ausbeutung in Frankreich unter dem linkssozialistischen Oberversager François Hollande. Dazu der weitere Niedergang des Geldsystems und der EU(dSSR)! Nee, endlich Stopp der zunehmenden Polit-Demenz! Das Volk muss es endlich kapieren, egal, ob Studenten oder Rentner! Es geht jetzt ans Eingemachte.

Die Menschen sind nicht änderbar, aber das System! Ändert sich das System, passen sich die Menschen dem geänderten System an. Das ist unser aller letzte Chance !!!

Die einzig mögliche Rettung ist das Volksbündnis WVH10 mit der Umsetzung des Systemwechsels hin zu Wahrer VolksHerrschaft auf Grundlage der 10 Wahrheits- und Wohlstandsgebote.

Mit Eurer Unterstützung könnte dies gelingen. Es ist die einzige Chance, sich vor der aufgezeigten Alternative Merkel oder Schulz zu schützen. Es gibt keine andere Chance als den Systemwechsel hin zu wahrer Demokratie = Wahrer VolksHerrschaft. Wer das auch so sieht, melde sich bitte bei ja@wvh10.de

Hätte es das WVH10-System schon in den letzten Jahrzehnten gegeben, wären wir heute das glücklichste Volk der Erde. Wir brauchen 100 Zupacker(innen), die so denken und handeln, wie hier beschrieben. Wie gesagt: Bitte melden bei ja@wvh10.de (bitte keine Transfunseln).